Kooperationshaus Depot beerdigt: Die Bühnen der Stadt Köln sparen auf Kosten der freien Szene – einmalige Chance für Köln vertan

Gemeinsame kulturpolitische Stellungnahme von Vertreter:innen der freien Szene

Die Pläne, das Depot ab 2027 vollständig an den Unternehmer und Mäzen Frank Blase zu vermieten und das gemeinsam entwickelte Modell eines Kooperationshauses von Bühnen der Stadt Köln und freier Szene aufzugeben, sind aus Sicht der unterzeichnenden Vertreter:innen der freien Szene, Interessenvertretungen und Verbände ein kulturpolitisch fatales Signal. Zugleich möchten wir Frank Blase ausdrücklich für sein außergewöhnliches Vertrauen in die freie Szene und sein in dieser Form einzigartiges Engagement danken.

Das für die Bespielung des Depots vorgesehene Budget von 500.000 Euro ist Bestandteil des Betriebskostenzuschusses der Bühnen. Angesichts der von den Bühnen zu erbringenden Einsparungen von rund 7 Millionen Euro liegt der Eindruck nahe, dass die Aufgabe des Kooperationshauses als eine der einfachsten Möglichkeiten betrachtet wird, kurzfristig Mittel einzusparen – mit der Folge, dass die finanziellen und strukturellen Auswirkungen erneut bei der freien Szene landen.

Mit dem Kooperationshaus hätte Köln die einmalige Chance gehabt, eine neue, bundesweit beispielhafte Struktur für die Zusammenarbeit von Stadt und freier Szene zu schaffen. Diese Chance wird nun aufgegeben – und die finanziellen Folgen der Sparmaßnahmen der Bühnen drohen vor allem diejenigen zu treffen, die ohnehin über die geringsten strukturellen Ressourcen verfügen: die freie Szene.

Wir erkennen an, dass die Bühnen der Stadt Köln vor erheblichen finanziellen Herausforderungen stehen. Einsparungen können jedoch nicht dadurch erfolgen, dass eine über Jahre gemeinsam entwickelte Infrastrukturperspektive für die freie Szene ersatzlos aufgegeben wird. Wenn die Stadt Köln und ihre Bühnen das Kooperationshaus nicht weiterverfolgen, müssen sie auch Verantwortung dafür übernehmen, was dadurch wegfällt.

Eine einmalige Chance für Köln

Das Kooperationshaus im Depot wäre weit mehr gewesen als eine zusätzliche Spielstätte. Es hätte Produktions-, Entwicklungs- und Aufführungsmöglichkeiten für die freie Szene geschaffen und zugleich eine neue Form der Zusammenarbeit zwischen städtischen Bühnen und freien Künstler:innen ermöglicht.

Gerade für Tanz, Performance, zeitgenössischen Zirkus und Festivals wäre damit eine Infrastruktur entstanden, die Köln bislang nicht besitzt. Das Depot hätte die Möglichkeit eröffnet, größere Produktionen zu entwickeln und zu zeigen und damit die freie Szene Kölns national und international sichtbarer zu machen.

Eine vergleichbare Chance bietet sich nicht alle paar Jahre. Köln gibt hier eine kulturpolitische Entwicklungsperspektive auf, die über den konkreten Ort weit hinausweist.

Das Depot erreicht andere Menschen

Das Depot hat darüber hinaus eine besondere Bedeutung für die kulturelle Teilhabe in Köln. Seine Lage in Köln-Mülheim und seine niedrigschwellige Atmosphäre erreichen Menschen, die sich von den klassischen Kulturorten am Offenbachplatz weniger angesprochen fühlen.

Das Publikum des Depots ist nicht einfach ein kleineres oder anderes Publikum derselben Bühnen. Es ist ein Publikum, das durch die dortige künstlerische Arbeit, die räumliche Situation und die Einbindung in den Stadtteil entstanden und erreicht wird. Der Riphahn-Bau am Offenbachplatz hat eine andere Schwellenwirkung als die Industriehalle in Köln Mülheim – und wo das rechtsrheinische Angebot dünner wird, verschwindet mit ihm ein Zugang, der sich in Mülheim erst mühsam aufbauen musste. Wer diese Struktur aufgibt, muss deshalb auch beantworten, wie diese Form kultureller Teilhabe künftig gewährleistet werden soll.

Eine Bühne, die Köln braucht

Für die freie Szene bedeutet die Aufgabe des Kooperationshauses den Verlust von Produktions-, Proben- und Aufführungsmöglichkeiten, die in dieser Größenordnung in Köln kaum vorhanden sind.

Insbesondere Tanz, Performance, zeitgenössischer Zirkus und die Festivals benötigen Räume, in denen Produktionen entwickelt, erprobt und vor Publikum

gezeigt werden können. Fehlt diese Infrastruktur, hat das unmittelbare Auswirkungen auf die künstlerische Entwicklung und auf die Möglichkeit, größere Produktionen überhaupt in Köln zu realisieren.

Es reicht daher nicht, einzelne Aufführungstermine an anderen Orten anzubieten. Was verloren geht, ist eine gesamte Produktionsstruktur, die auch in Zukunft nicht wieder aufgebaut werden kann.

Solidarität darf keine Einbahnstraße sein

Die freie Szene ist bereit, die schwierige finanzielle Situation der Bühnen und der Stadt anzuerkennen. Solidarität darf jedoch keine Einbahnstraße sein.

Wenn die Bühnen der Stadt Köln durch die Aufgabe des Kooperationshauses sparen, kann die daraus entstehende Lücke nicht einfach der freien Szene überlassen werden. Vielmehr muss zunächst transparent gemacht werden, welche Einsparungen tatsächlich erzielt werden und welche Kosten an anderer Stelle entstehen.

Dazu gehört auch die Frage, ob und in welchem Umfang die Bühnen eigene Produktionsvorhaben reduzieren oder verschieben können, bevor eine gemeinsam entwickelte Infrastruktur für die freie Szene zur Disposition gestellt wird.

Offene Fragen zur Einsparlogik

Bislang bleiben zentrale Fragen offen: Welche konkrete Einsparung wird bei den Bühnen der Stadt Köln durch die Aufgabe des Kooperationshauses erzielt? Was geschieht mit den bislang für das Depot vorgesehenen 500.000 Euro für die künstlerische Bespielung? Was passiert mit bereits eingegangenen personellen und organisatorischen Verpflichtungen und mit Investitionen, die im Hinblick auf die geplante Struktur getätigt wurden? Welche zusätzlichen Investitionen für alternative Strukturen fallen an anderer Stelle an und in welchem Verhältnis stehen sie zu den veranschlagten Einsparungen? Was passiert mit den Mitteln, die bei den Bühnen für die Bespielung des Depots durch das Schauspiel eingestellt sind - werden diese auch gestrichen?

Diese Fragen müssen transparent beantwortet werden, bevor die Aufgabe des Kooperationshauses als reine Sparmaßnahme dargestellt werden kann.

45 Termine können kein Feigenblatt sein

Sollte die Entscheidung gegen das Kooperationshaus endgültig fallen, braucht es verbindliche und strukturell tragfähige Ersatzlösungen.

Die bislang im Raum stehenden 45 Termine dürfen dabei nicht zu einem Feigenblatt werden. Notwendig wäre eine verlässliche Zusage von mindestens 45 Aufführungsterminen für die freie Szene – im Depot, an den Bühnen der Stadt Köln und am Offenbachplatz – einschließlich der erforderlichen Auf- und Abbautage.

Darüber hinaus braucht es weiterhin Produktions-, Proben- und Residenzmöglichkeiten. Denkbar wäre eine zentrale Koordination dieser Angebote, damit sie für die freie Szene tatsächlich planbar und nutzbar werden.

Die bislang bei den Bühnen für die künstlerische Bespielung des Depots vorgesehenen 500.000 Euro müssen hierfür erhalten bleiben und für die freie Szene eingesetzt werden. Sie dürfen nicht zur Schließung von Haushaltslücken der Bühnen verwendet werden.

Die 1,5 Millionen Euro sind eine Chance – kein Ersatz

Die von Frank Blase zugesagten 1 Million Euro jährlich über zehn Jahre sind eine große Chance für die freie Szene Kölns. Hinzu kommen die bislang bei den Bühnen vorgesehenen 500.000 Euro für die künstlerische Bespielung des Depots.

Gemeinsam können diese Mittel eine neue strukturelle Perspektive eröffnen. Voraussetzung ist jedoch, dass sie tatsächlich für einen solchen Aufbau eingesetzt werden.

Die 500.000 Euro dürfen nicht dazu verwendet werden, Haushaltslücken der Bühnen zu schließen oder die finanziellen Folgen der Aufgabe des Kooperationshauses abzufedern. Sie müssen weiterhin der freien Szene zugutekommen und dafür eingesetzt werden, neue Produktionsmöglichkeiten, Aufführungsformate und nachhaltige Strukturen zu schaffen.

Ebenso müssen die von Frank Blase zugesagten 1 Million Euro vollständig für die Entwicklung und Stärkung der freien Szene eingesetzt werden. Sie dürfen nicht bestehende Förderungen oder notwendige öffentliche Finanzierung ersetzen.

Es geht damit nicht um eine bloße finanzielle Kompensation für den Wegfall des Kooperationshauses. Es geht um die Frage, ob Köln die jetzt entstehenden Mittel

nutzt, um tatsächlich **neue Strukturen, neue Möglichkeiten und langfristige Entwicklungsperspektiven** für die freie Szene zu schaffen.

Dafür braucht es eine unabhängige und transparente Struktur für die Mittelvergabe – beispielsweise in Form einer Stiftung oder eines Vereins – mit einer starken und verbindlichen Beteiligung der freien Szene an den Entscheidungsprozessen.

Eine solche Struktur könnte insbesondere Tanz, Performance und zeitgenössischen Zirkus stärken und zugleich neue Möglichkeiten für größere Produktionen, Gastspiele, Residenzen und künstlerische Entwicklungen schaffen.

Auch die TanzFaktur muss Teil einer Lösung sein

Eine nachhaltige Ersatzstruktur kann nicht allein über Aufführungstermine hergestellt werden. Köln braucht dringend weitere Produktions- und Aufführungsorte für die freie Szene.

Die geplante Erweiterung der TanzFaktur zur Werkshalle muss deshalb beschleunigt und finanziell abgesichert werden. Hier gilt es, gemeinsam mit Land und Bund tragfähige Finanzierungsmodelle zu entwickeln.

Ergänzend braucht es Mittel, die Gastspiele und größere Produktionen der freien Szene in Köln ermöglichen. Nur so kann verhindert werden, dass die Aufgabe des Kooperationshauses zu einem dauerhaften strukturellen Rückschritt führt.

Planungssicherheit und Verantwortung auch im Hinblick auf eingestelltes Personal

Die Perspektive eines Kooperationshauses hat in den vergangenen Jahren auch konkrete personelle Entscheidungen beeinflusst. Menschen wurden eingestellt, Arbeitsverhältnisse verändert und berufliche Perspektiven auf die Entwicklung dieser Struktur ausgerichtet. Teilweise haben Menschen dafür bestehende, sichere Arbeitsverhältnisse aufgegeben und sich bewusst für eine langfristige Perspektive im Depot entschieden.

Wenn die Stadt und die Bühnen diese Perspektive nun aufgeben, tragen sie auch Verantwortung für die daraus entstehenden Folgen. Es muss geklärt werden, welche Perspektiven den bereits eingestellten bzw. für das Depot vorgesehenen Mitarbeiter:innen angeboten werden können, ob eine Weiterbeschäftigung an anderer Stelle möglich und von den Betroffenen überhaupt gewünscht ist und wer gegebenenfalls entstehende Kosten wie Abfindungen oder andere personelle Folgekosten trägt.

Diese Verantwortung kann nicht bei den betroffenen Mitarbeiter:innen liegen und darf erst recht nicht auf die freie Szene abgewälzt werden.

Insbesondere muss ausgeschlossen werden, dass personelle Folgekosten aus den für die freie Szene vorgesehenen 500.000 Euro oder aus den zusätzlichen Mitteln von Frank Blase finanziert werden.

Auch hier braucht es Transparenz und eine klare Übernahme von Verantwortung durch diejenigen, die die Entscheidung treffen. Wer eine über Jahre entwickelte Struktur aufgibt, muss auch für die personellen Konsequenzen dieser Entscheidung Verantwortung übernehmen.

Köln braucht eine Entscheidung für die Zukunft

Die Aufgabe des Kooperationshauses ist keine neutrale Sparmaßnahme. Sie entscheidet darüber, welche Infrastruktur Köln künftig für freie Künstler:innen, für größere Produktionen und für neue Formen der Zusammenarbeit zwischen institutioneller und freier Szene zur Verfügung stellt.

Wir erwarten deshalb von der Stadt Köln und den Bühnen der Stadt Köln eine transparente Darstellung der Einsparungen und Folgekosten und vor allem ein belastbares Konzept dafür, wie die durch die Aufgabe des Kooperationshauses entstehenden Lücken geschlossen werden sollen.

Unsere zentralen Forderungen sind:

- Transparenz über Einsparungen, Folgekosten und die Verwendung der bislang für die künstlerische Bespielung des Depots vorgesehenen 500.000 Euro;
- keine Kürzung der regulären Fördermittel für die freie Szene als Folge der Aufgabe des Kooperationshauses;
- verbindlich mindestens 45 Aufführungstermine für die freie Szene einschließlich notwendiger Auf- und Abbautage;
- verlässliche Produktions-, Proben- und Residenzmöglichkeiten als struktureller Ersatz und die Übernahme aller daraus entstehender Kosten ;
- die Sicherung und Verwendung der bislang für die künstlerische Bespielung des Depots vorgesehenen 500.000 Euro für neue Produktions-, Aufführungs- und Entwicklungsstrukturen der freien Szene;
- die vollständige zusätzliche Verwendung der von Frank Blase zugesagten 1 Million Euro jährlich für den strukturellen und künstlerischen Aufbau der freien Szene und da explizit für die darstellenden Künste;
- eine unabhängige und transparente Struktur für die Vergabe dieser Mittel mit verbindlicher Beteiligung der freien Szene;
- keine Verwendung dieser Mittel zur Schließung von Haushaltslücken der Bühnen oder sonstiger Positionen;
- eine beschleunigte und abgesicherte Entwicklung der Werkshalle TanzFaktur;
- zusätzliche Möglichkeiten für Gastspiele und größere Produktionen der freien Szene;
- die Übernahme von personellen und sonstigen Folgekosten durch die Bühnen bzw. die Stadt Köln.

Wenn das Kooperationshaus beerdigt wird, darf damit nicht auch die Entwicklungsperspektive der freien Szene beerdigt werden.

Köln braucht jetzt nicht weniger, sondern mehr verlässliche Infrastruktur, Produktionsmöglichkeiten und künstlerische Entwicklungsperspektiven.

Unterzeichnende:
VdK - Verein Darstellende Künste e.v. und KNK - Kölner Kulturnetz e.V. als Vertreter:innen der freien Szene Köln.